

Professor Dr. Axel A. Weber
Präsident
der Deutschen Bundesbank

**Perspektiven und Herausforderungen
für die deutsche Wirtschaft**

Rede beim Neujahrsempfang der Frankfurter Gesellschaft
für Handel, Industrie und Wissenschaft e.V.
- Casino-Gesellschaft von 1802 -

in Frankfurt am Main
am Freitag, 19. Januar 2007

– Es gilt das gesprochene Wort –

Seite 1 von 19

1	Begrüßung	2
2	Die wirtschaftliche Situation in Deutschland	4
	2.1 Bestandsaufnahme	4
	2.2 Ausblick auf 2007	6
3	Geldpolitische Lage im Euroraum	9
4	Die Herausforderungen bestehen fort	13
5	Fazit	19

1 Begrüßung

Sehr geehrter Herr Jeske, sehr geehrte Mitglieder der Frankfurter Gesellschaft.

Gegenstand meiner heutigen Ausführungen werden die Perspektiven und Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft sein. Vor genau 10 Jahren trug an dieser Stelle bereits mein Vor-Vorgänger Hans Tietmeyer ebenfalls zu diesem Thema vor.

Verschiedene der seitdem eingetretenen Entwicklungen brachten einschneidende Veränderungen für Deutschland als auch für Frankfurt mit sich.

- Seit 1999, folglich mit Beginn der dritten Stufe der Währungsunion, wird die geldpolitische Verantwortung für die einheitliche Währung vom Eurosystem wahrgenommen, also von den nationalen Notenbanken wie der Bundesbank gemeinsam mit der EZB. Dies bedeutete

zweifellos einen tiefen Einschnitt für die Bundesbank, die in diesem Jahr ihr 50-jähriges Bestehen feiert. Frankfurt ist seit 1999 mit Bundesbank und Europäischer Zentralbank Sitz zweier Notenbanken, was weltweit einzigartig ist.

- Daneben schaffte es die Frankfurter Eintracht, binnen der zurückliegenden zehn Jahre ganze sechsmal die Liga zu wechseln, um nun wieder erstklassig zu sein.

Zugegeben: Die zyklischen Schwankungen der deutschen Wirtschaft über diesen Zeitraum hinweg sind glücklicherweise etwas weniger stark ausgeprägt gewesen als die der Frankfurter Eintracht. Dennoch lassen sich einige Parallelen erkennen. Angefangen bei der *New Economy*-Euphorie Ende der 90er-Jahre über eine langjährige Stagnation hin zu einem sich aktuell kräftigenden und verbreiternden Aufschwung ähnelt dieses Muster doch im Grundsatz den Wechselfällen der „launischen Diva vom Main“.

Für die deutsche Wirtschaft insgesamt sind ungeachtet dieser konjunkturellen Phasen die zentralen längerfristigen Herausforderungen über diesen Zeitraum hinweg im Kern jedoch unverändert geblieben. Dies gilt wohl auch für die Eintracht. Erlauben Sie mir jedoch, den fußballerischen Quervergleich hiermit zu beenden und mich im weiteren Verlauf auf das Thema Wirtschaft zu beschränken.

Beginnen möchte ich mit einer Analyse der gegenwärtigen Lage sowie einem Ausblick auf das Jahr 2007.

2 Die wirtschaftliche Situation in Deutschland

2.1 Bestandsaufnahme

Die konjunkturelle Lage in Deutschland hat sich im jüngst abgelaufenen Jahr erheblich verbessert. Laut jüngster Einschätzung des Statistischen Bundesamtes brachte 2006 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr von 2,5%. In der von uns bevorzugten kalenderbereinigten Form bestätigte sich unsere Erwartung eines Wachstums von 2,7%. Die deutsche Wirtschaft wuchs damit so stark wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr.

Wachstumsimpulse kamen 2006 sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Im Gegensatz zur Entwicklung in den beiden Jahren zuvor lieferte die inländische Verwendung jedoch einen erheblich größeren Beitrag zum Wachstum des BIP als der Außenbeitrag (= die Nettoexporte).

Maßgeblicher Treiber der gestiegenen Inlandsnachfrage war ein kräftiger Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen. Diese stiegen im Jahr 2006 so stark wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Während die Ausrüstungsinvestitionen nochmals stärker wuchsen als im Vorjahr, haben auch die Bauinvestitionen nach der jahrelangen Schwächeperiode kräftig angezogen. Daneben blieb der Außenhandel im abgelaufenen Jahr sehr dynamisch: Die Wachstumsraten der Im- und Exporte haben sich gegenüber dem Jahr 2005 beinahe verdoppelt, wobei die realen Exporte abermals schneller wuchsen als die realen Importe.

Schließlich legte im abgelaufenen Jahr auch der private Konsum wieder zu, nachdem er in den Vorjahren nahezu stagnierte.

So kann man schlussfolgern: Während der deutsche Konjunkturmotor in der Stagnationsphase erheblich stotterte, da er nur auf dem „Export-Zylinder“ lief, läuft er insbesondere seit letztem Jahr zunehmend rund, da er nun zusätzlich durch die Investitions- und die Konsumnachfrage angetrieben wird.

Der jetzige Aufschwung zeigt hiermit die Zeichen einer klassischen deutschen „Konjunkturkette“, beginnend mit einem anfänglichen Nachfrageimpuls durch eine starke Exportentwicklung, einer daraufhin anziehenden Investitionsnachfrage und schließlich einem Anspringen des privaten Konsums.

Aus Sicht eines Notenbankers erfreulich ist, dass die wirtschaftliche Belebung in Deutschland bisher mit Geldwertstabilität einherging.

Von der gestiegenen wirtschaftlichen Dynamik profitiert zunehmend auch der deutsche Arbeitsmarkt. So fiel die Arbeitslosenquote saisonbereinigt im Dezember 2006 auf einen einstelligen Wert, während die Erwerbstätigenzahl im Verlauf des letzten Jahres spürbar zunahm. Positiv in diesem Zusammenhang ist, dass auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung merklich gewachsen ist.

Angesichts anziehender Konjunktur und Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt ist auch das Defizit der öffentlichen Haushalte im letzten Jahr deutlich

gesunken. Nach ersten Berechnungen belief sich das laufende Defizit im Jahr 2006 voraussichtlich auf 2,0% und liegt damit seit 2001 zum ersten mal wieder unter der Maastricht-Grenze von 3%.

Alles in allem verlief das vergangene Jahr erheblich besser als von den meisten Auguren vor Jahresfrist erwartet wurde. Die deutsche Wirtschaft als auch die Weltwirtschaft zeigten erhebliche Widerstandsfähigkeit insbesondere gegenüber den bis in den Herbst gestiegenen Ölpreisen.

Zur aktuellen Lage will ich es hiermit bewenden lassen und nun den Blick nach vorne richten.

2.2 Ausblick auf 2007

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland hat im vergangenen Jahr nicht nur angezogen, sondern auch erheblich an Breite gewonnen. Dieses ausgewogenere Wachstumsprofil rechtfertigt es, ziemlich zuversichtlich für die kommenden Quartale zu sein.

Unser Basisszenario ist daher, dass sich der Aufschwung weiter fortsetzen, im zeitlichen Verlaufsprofil jedoch einige Schwankungen aufweisen wird. Ursache hierfür ist die Mehrwertsteuererhöhung zu Jahresbeginn, die unserer Einschätzung nach den grundsätzlichen Wachstumstrend jedoch nicht brechen wird.

Worin liegen die Gründe für diesen zuversichtlichen Blick ins Jahr 2007? Es sind drei Entwicklungen, die zusammengenommen die günstige Ausgangsposition ergeben.

Erstens dürfte die globale Wirtschaftsdynamik auch 2007 weiter anhalten. Genauer: die Weltwirtschaft wird nach Einschätzung des IWF 2007 voraussichtlich das fünfte Jahr in Folge oberhalb ihres langfristigen Trends wachsen, wobei der zuletzt erheblich gesunkene Ölpreis unterstützend wirken dürfte.

Die wahrscheinlichsten Szenarien in den maßgeblichen Wirtschaftsregionen der Welt lauten wie folgt:

- Wachstumsabschwächung in den USA, jedoch keine Rezession.
- Europa setzt sein robustes Wirtschaftswachstum fort.
- Asien (allen voran China) wächst weiterhin dynamisch.

Die Wachstumszentren verschieben sich folglich leicht, das globale Wachstum verläuft insgesamt ausgeglichener.

Der weltwirtschaftliche Rückenwind sollte die Exporte des Euroraums im allgemeinen und Deutschlands im speziellen weiter antreiben, die Exportdynamik dürfte folglich eine Triebfeder für den weiteren Aufschwung bleiben. Allein dieser Umstand zeigt, wie sehr Deutschland von der Globalisierung profitiert, die in weiten Teilen der Bevölkerung skeptisch gesehen wird.

Zweitens verläuft die deutsche Industriekonjunktur anhaltend robust. Produktion sowie Auftragseingänge in der Industrie liegen weiterhin deutlich über Vorjahresniveau. Zum Jahresende 2006 gab es zwar eine leichte Dämpfung im Verlaufsprofil, der unterliegende positive Trend ist jedoch intakt.

Daneben bleibt das Geschäftsklima sehr gut. Sowohl Geschäftslage als auch Geschäftserwartungen sind weiterhin deutlich im Plus. Die Folge ist, dass die Investitionsnachfrage vorerst kräftig bleiben und den Aufschwung weiter stützen dürfte. Hierfür spricht auch, dass die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe hoch ist und deutlich über dem durchschnittlichen Nutzungsgrad liegt. Erweiterungsinvestitionen dürften die Investitionsnachfrage stützen.

Drittens dürfte die konjunkturelle Besserung am Arbeitsmarkt vorerst anhalten. Diese Entwicklung zeigt, dass sich die Lohnmoderation der letzten Jahre auszahlt. Von der verbesserten Arbeitsmarktlage sollte die private Konsumnachfrage weiter profitieren, so dass das Potenzial für einen sich mehr und mehr selbst tragenden Aufschwung vorhanden ist. Gesamtwirtschaftlich betrachtet ist der private Konsum von herausragender Bedeutung. Auf ihn entfällt in Deutschland knapp 60% des Bruttoinlandsprodukts.

Gute außenwirtschaftliche Rahmenbedingungen in Verbindung mit einer stärkeren Binnendynamik rechtfertigen folglich die Zuversicht für den Jahresverlauf. Zusammenfassend: Das „Auf“ der deutschen Wirtschaft dürfte

anhalten, wenn wohl auch mit etwas weniger Schwung als 2006 und stärkeren unterjährigen Schwankungen.

Die Annahme einer weiteren wirtschaftlichen Erholung gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für den Euroraum insgesamt.

Auch hier sind die Aussichten mittelfristig günstig. Die Projektionen von Experten des Eurosystems lassen für 2007 einen Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts für den Euroraum von zwischen 1,7% und 2,7% erwarten.

Dies hat auch Implikationen für die europäische Geldpolitik, die ich im folgenden kurz umreißen will.

3 Geldpolitische Lage im Euroraum

Mit ihrem Niveau von gegenwärtig 3,5% sind die Leitzinsen im Euroraum weiterhin niedrig, die Geldpolitik bleibt expansiv.

Im gesamten Kalenderjahr 2006 stieg der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) um 2,2%. Zwar brachten die letzten vier Monate des Jahres kurzfristig eine leichte Entspannung, jedoch bestehen nach wie vor Aufwärtsrisiken.

Die in der zweiten Jahreshälfte gefallenen Ölpreise in Verbindung mit günstigen Basiseffekten sorgten dafür, dass die Verbraucherpreise im Euroraum im vierten Quartal 2006 im Vorjahresvergleich um weniger als 2% zulegten. Insgesamt stieg der Harmonisierte Verbraucherpreisindex in diesem Zeitraum um 1,8%. In diesem Jahr dürfte die Teuerung jedoch schon wieder anziehen.

Bezüglich der voraussichtlichen Preisniveauentwicklung 2007 und 2008 ist gemäß der im Dezember von Experten des Eurosystems erstellten Projektionen mit einem Anstieg des HVPI in diesem Jahr zwischen 1,5% und 2,5% zu rechnen. Für 2008 wird ein Wert zwischen 1,3% und 2,5% erwartet.

Konkret bedeutet dies, dass die Teuerungsrate 2007 nur mit einer Wahrscheinlichkeit von 50% in den Bereich der Stabilitätsnorm von unter 2% fällt. Das Stabilitätsziel lediglich mit einer 50%-igen Wahrscheinlichkeit zu erreichen, ist ein zu geringes Anspruchsniveau für einen stabilitätsorientierten Geldpolitiker.

Auch sind nach Einschätzung des EZB-Rates die Risiken für die Preisniveauentwicklung weiterhin aufwärts gerichtet. Das größte Risiko sehe ich vor dem Hintergrund der robusten Konjunktorentwicklung in Tarifabschlüssen, die höher ausfallen könnten als erwartet. Damit steigen die Gefahr und die Wahrscheinlichkeit von Zweitrundeneffekten, was unsere besondere Aufmerksamkeit erfordert.

Daneben bestehen weitere Risiken für die mittelfristige Preisniveaustabilität. Hierzu zählt die Möglichkeit erneut steigender Ölpreise, die an den Terminmärkten als wahrscheinlicher eingestuft wird als das Verbleiben der Ölpreise auf dem jetzigen Niveau oder ein weiterer Ölpreirückgang. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, dass der vergangene Ölpreisanstieg stärker als derzeit erwartet auf die Verbraucherpreise durchschlägt. Schließlich stellt die Möglichkeit des Anstiegs administrierter Preise bzw. des Anhebens indirekter Steuern über das bisher angekündigte Maß hinaus ein weiteres Aufwärtsrisiko dar.

Klare Aufwärtsrisiken signalisiert auch die zweite Säule der geldpolitischen Strategie des Eurosystems, die monetäre Analyse. So ist das weitgefaste Geldmengenaggregat M3 im November 2006 um 9,3% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Maßgeblicher Treiber war abermals die kräftige Kreditvergabe an den privaten Sektor. Hauptursache des kräftigen Geldmengen- und Kreditwachstums ist weiterhin das niedrige Zinsniveau im Euroraum.

Ein weiterhin sehr dynamisches Geldmengenwachstum bei bereits reichlicher Liquiditätsausstattung deuten gerade vor dem Hintergrund der günstigen makroökonomischen Entwicklung auf Aufwärtsrisiken für die Preisniveaustabilität in der mittleren bis langen Frist hin, die berücksichtigt werden müssen.

Aus diesem Grund hält es der EZB-Rat für geboten, sämtliche relevanten realwirtschaftlichen und monetären Entwicklungen sehr genau zu beobachten sowie rechtzeitig und vorausschauend zu handeln, damit sich die be-

stehenden Risiken für die Preisniveaustabilität nicht materialisieren. Dies ist Voraussetzung dafür, die Inflationserwartungen der privaten Haushalte, der Unternehmen und der Finanzmarktteilnehmer dauerhaft auf niedrigem Niveau zu verankern.

Wichtig hierbei ist, dass die Geldpolitik vorausschauend agieren und sich abzeichnenden Inflationsrisiken frühzeitig entgegenzutreten muss. Fahrlässig wäre es zu warten, bis sich diese Risiken tatsächlich materialisieren, um erst dann zu handeln.

Mit anderen Worten: Stabilitätsorientierte Geldpolitik lässt sich nicht mit dem Blick in den Rückspiegel machen.

Zusammenfassend: Der Ausblick auf die deutsche und die europäische Wirtschaft im Jahr 2007 gibt Anlass zur berechtigten Hoffnung, lässt jedoch keinen Platz für Euphorie. Wichtig ist nun, dass sich Öffentlichkeit und Politik nicht zurücklehnen und hoffen, der Aufschwung allein werde die mit der Zeit aufgestauten Probleme nach und nach schon lösen.

Im Gegenteil: Das niedrige Potenzialwachstum in Deutschland belegt, dass die fortbestehenden Probleme nicht konjunktureller, sondern struktureller Art sind. Bei strukturellen Problemen verspricht eine konjunkturelle Erholung zwar Linderung, jedoch keine dauerhafte Heilung.

Anders ausgedrückt: Durch den konjunkturellen Aufschwung hat sich die Anzahl der bestehenden strukturellen Herausforderungen nicht verringert.

Drei maßgebliche Bereiche stehen hierbei im Zentrum: der Arbeitsmarkt, die öffentlichen Haushalte sowie die demographische Entwicklung.

4 Die Herausforderungen bestehen fort

Anhaltend hohe strukturelle Arbeitslosigkeit

Der gegenwärtig zu beobachtende Rückgang der Arbeitslosigkeit ist zwar sehr erfreulich, jedoch kein Grund zur Entwarnung. Schließlich gab es (saisonbereinigt) im Dezember noch gut 4,1 Mio. Menschen, die als arbeitslos registriert waren, was einer Quote von 9,8% entspricht.

Die Theorie als auch die Erfahrung der letzten 30 Jahre lehren, dass es selbst bei einem länger anhaltenden Aufschwung nicht zu erwarten ist, dass hierdurch das Arbeitsmarktproblem im Kern gelöst wird.

Auch gegenwärtig ist wieder zu beobachten, dass der Aufschwung an verschiedenen Gruppen innerhalb der Arbeitslosen weitgehend vorbeigeht. Der Grund hierfür liegt darin, dass die Arbeitslosigkeit in Deutschland zum größten Teil struktureller Art ist, d.h. Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage pas-

sen nicht zusammen. Strukturelle Arbeitslosigkeit lässt sich jedoch durch eine konjunkturelle Verbesserung nicht nachhaltig bekämpfen.

Seit längerem ist zu beobachten, dass die Arbeitslosigkeit unter Geringqualifizierten besonders hoch ist. Zwar ist der Anteil Geringqualifizierter an der Bevölkerung in Deutschland (im EU-Vergleich) eher niedrig, das Risiko der (Langzeit)arbeitslosigkeit aber sehr hoch.

Das Kardinalproblem in diesem Zusammenhang ist, dass auf dem Markt für eher einfache Arbeit die Arbeitskosten (Löhne + Lohnzusatzkosten) die Produktivität der Arbeitssuchenden übersteigen.

Aufgrund des gegebenen Zeitrahmens werde ich hierauf nicht näher eingehen, möchte hier aber auf unseren am Montag erscheinenden Monatsbericht verweisen, der dieses Problem näher analysiert.

Beim Thema Arbeitsmarkt möchte ich jedoch noch kurz etwas zu aktuellen Forderungen nach kräftigen Lohnerhöhungen angesichts der konjunkturellen Entwicklung sagen.

Ohne Frage sollen auch die Arbeitnehmer an der mitunter ausgezeichneten Geschäftslage vieler Unternehmen teilhaben. Hierbei sollte jedoch den Unterschieden in der Lage der Unternehmen Rechnung getragen werden.

Generell gilt es, Augenmaß zu halten. Angesichts der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit ist in Deutschland auch weiterhin eine grundsätzlich mode-

rate Tarifpolitik geboten. Arbeitnehmer sollten besser über Erfolgsbeteiligungen als über kräftige Tariferhöhung am Unternehmenserfolg beteiligt werden. Kritisch sehe ich in diesem Zusammenhang aber die jüngst wieder diskutierten Vorschläge, einen Investivlohn einzuführen, insbesondere falls eine steuerliche Förderung und staatliche Absicherung im Insolvenzfall geplant ist. Staatlich eine bestimmte, wenig diversifizierte Anlage zu fördern und die öffentliche Hand gleichzeitig am Risiko zu beteiligen, ist nicht sinnvoll.

Auch bin ich sehr skeptisch gegenüber Forderungen nach hohen Lohnabschlüssen, um die private Konsumnachfrage zu stärken (Kaufkrafttheorie der Löhne). Der Grund meiner Skepsis ist, dass die private Konsumnachfrage stärker auf eine Zunahme der Beschäftigung als auf höhere Lohnabschlüsse reagiert.

Mehr Leute in Beschäftigung zu bringen ist folglich die entscheidende Stellschraube, um den Massenkonsum dauerhaft zu stärken. Gerade auch aus Nachfragesicht spricht also alles dafür, bei den Lohnabschlüssen nicht über Gebühr draufzusatteln. Stattdessen ist Augenmaß notwendig, um hiermit zum Beschäftigungsaufbau beizutragen.

Schließlich der geldpolitische Aspekt: Die Lohnentwicklung darf das Ziel der Geldwertstabilität nicht gefährden (z.B. über Zweitrundeneffekte). Sollte es hierfür auch nur erste Anzeichen geben, würden wir nicht zögern zu handeln, um unser Mandat zu erfüllen, mittelfristig für Geldwertstabilität zu sorgen. Mögliche Zweitrundeneffekte gilt es, im Keim zu ersticken.

Lassen Sie mich zur zweiten fortbestehenden Herausforderung kommen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte

Das Einhalten der Maastricht-Defizit-Grenze von 3% im Jahr 2006 und aller Voraussicht nach ein weiterer Rückgang 2007 ist ohne jede Frage sehr zu begrüßen. Der geplante weitere Konsolidierungskurs ab dem Jahr 2008 bleibt jedoch zu wenig ambitioniert.

Es ist wichtig zu betonen, dass eine wirkliche Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mehr erfordert als bloß das Einhalten des 3%-Kriteriums. Die Zielvorstellung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, aber auch des deutschen Haushaltsgrundsätzegesetzes ist vielmehr der mittelfristige Haushaltsausgleich.

Die Bundesregierung übermittelte Ende November ihr aktualisiertes Stabilitätsprogramm nach Brüssel, das Projektionen zur Entwicklung der öffentlichen Defizit- und Schuldenquote bis zum Jahr 2010 enthält.

Die für mich problematische Aussage in diesem Programm ist, dass bei der unterstellten Wirtschaftsentwicklung bis zum Ende des Projektionszeitraums der Haushaltsausgleich nicht angestrebt wird. Stattdessen wird auch dann noch ein Defizit von ½% projiziert. Bereinigt man um konjunkturelle Einflüsse, liegt die Projektion des (strukturellen) Defizits mit 1% sogar darüber.

Die geplante strukturelle Konsolidierung fällt also im gesamten Projektionszeitraum geringer aus als die vom Stabilitätspakt geforderte Mindestkonsolidierung von jährlich 0,5% des BIP. Dies widerspricht einer zentralen Zielrichtung des im Jahr 2005 überarbeiteten Paktes. Die damalige Reform sah gerade vor, in „guten Zeiten“ verstärkt zu konsolidieren.

Der Weg hin zu nachhaltig soliden Staatsfinanzen in Deutschland ist folglich noch weit. Um diesen Weg zu verkürzen, muss der gegenwärtige konjunkturelle Rückenwind stärker dazu genutzt werden, die öffentlichen Haushalte wieder auf eine solide Basis zu stellen.

Die Erfahrung lehrt, dass ein übermäßiges Defizit schnell entstehen kann, falls sich das Wachstum unerwartet deutlich abschwächt und in guten Zeiten nicht ausreichend vorgesorgt wurde. Daher: In jetziger guter konjunktureller Lage sind ehrgeizigere mittelfristige Haushaltsziele anzustreben, wie es der Stabilitätspakt als auch deutsche Haushaltsgrundsätze erfordern. Ziel muss mittelfristig der Haushaltsausgleich sein. Raum für finanzpolitische Wohltaten besteht nicht.

Der Haushaltsausgleich ist jedoch nicht nur angesichts der aktuellen Lage der öffentlichen Haushalte nötig. Zusätzlich gilt es, Spielraum für den schon heute absehbaren steigenden Ausgabendruck in der Zukunft zu schaffen, der angesichts der demographischen Entwicklung bevorsteht. Die demographische Entwicklung ist die dritte fortbestehende Herausforderung. Abschließend kurz hierzu.

Demographische Entwicklung

Die Verschiebung der Altersstruktur in Deutschland geht mit stark steigenden Belastungen für die umlagefinanzierten Sozialversicherungen und den Staatshaushalt einher. Mittel- und langfristig führt deshalb kein Weg dran vorbei, das gesetzliche Renteneintrittsalter zu erhöhen sowie Ansprüche an das Umlageverfahren zurückzuführen. Um im Alter ein gewisses Versorgungsniveau zu gewährleisten, gilt es, zusätzlich die kapitalgedeckte Altersvorsorge weiter auszubauen.

Entsprechende Reformen gehen in die richtige Richtung, sollten jedoch bezüglich der geplanten Anhebung des Renteneintrittsalters nicht durch Ausnahmen verwässert werden.

Neben der Belastung für die öffentlichen Haushalte wird die demographische Entwicklung das Wachstumspotenzial voraussichtlich sinken lassen.

Es wird in Zukunft *die* zentrale wirtschaftspolitische Herausforderung sein, einem demographiebedingt steigenden Ausgabendruck plus sinkendem Wachstumspotenzial zu begegnen. Diese Aufgabe wird durch die gegenwärtige Erholung nicht weniger dringlich. Die entscheidende Herausforderung hierbei wird sein, die volkswirtschaftlichen Wachstumskräfte insgesamt zu stärken, um den demographischen Lasten so gut wie möglich standhalten zu können.

Hierzu ist unter anderem dringlich, die Arbeitsproduktivität zu steigern. Die Arbeitsproduktivität einer sinkenden Erwerbsbevölkerung muss in Zukunft ausreichen, um den erreichten Lebensstandard auch für Nicht-Erwerbstätige zu sichern.

5 Fazit

Die gegenwärtige konjunkturelle Lage ist sehr erfreulich, jedoch bestehen die dringendsten strukturellen Probleme unverändert fort. Folglich gibt es keinen Grund, sich angesichts des Aufschwungs zurückzulehnen und abzuwarten.

Der Konjunkturaufschwung darf weitere Reformbemühungen nicht lähmen oder als überflüssig erscheinen lassen. Im Gegenteil: Es gilt, den Rückenwind des Aufschwungs zu nutzen, um wachstumsfördernde Reformen weiter voranzutreiben.

Ganz im Sinne der Intention des Stabilitäts- und Wachstumspaktes gilt es, die guten Zeiten für weitere Arbeiten auf den Reformbaustellen zu nutzen, um für schlechtere Zeiten gefeit zu sein.

* * *